

**Günter Burmeister
Helmut Dohr**

Staat Verfassung Politik

**Grundlagen
für Studium und Praxis**

22. Auflage



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Staat Verfassung Politik

Grundlagen für Studium und Praxis

von

Dr. Günter Burmeister

Richter am Bundesverwaltungsgericht und
Honorarprofessor an der
Technischen Universität Braunschweig

begründet von

† **Helmut Dohr**

Staatssekretär a.D.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

E-Book

22. Auflage 2022

© VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb; Hilden/Rhld., 2022

Alle Rechte vorbehalten

Unbefugte Nutzungen, wie Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung oder Übertragung können zivil- oder strafrechtlich verfolgt werden.

Satz: VDP GMBH Buchvertrieb, Hilden

ISBN 978-3-8011-0916-5 (EPUB)

Titel Nr. 102117

Buch (Print)

22. Auflage 2022

© VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb, Hilden/Rhld., 2022

Alle Rechte vorbehalten

Unbefugte Nutzungen, wie Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung oder Übertragung können zivil- oder strafrechtlich verfolgt werden.

Satz: VDP GMBH Buchvertrieb, Hilden

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Printed in Germany

ISBN 978-3-8011-0896-0

E-Mail: service@vdpolizei.de

www.VDPolizei.de

Vorwort

Der ursprüngliche Autor dieses Buches, Helmut Dohr, im Jahr 2014 verstorben, hat mir große Schuhe hingestellt. Dies wurde mir klar, als ich sein Buch zum ersten Mal in Händen hielt. In ihm begegneten mir nicht nur die Gedanken eines engagierten Mannes mit klarem demokratischen Wertekompass, sondern auch großer Fachkenntnis und historischem Sensorium. Ich hoffe, mir ist es gelungen, das Werk in seinem Sinne fortzusetzen, bei dem auch ich – nur aus Gründen der Lesbarkeit – am grammatikalischen Geschlecht festgehalten habe.

Es befindet sich auf dem Stand Oktober 2020 und punktuell konnten noch Entwicklungen des Jahres 2021 Berücksichtigung finden. Der Aufbau des Buchs ist im Wesentlichen gleichgeblieben. Dem zeitlichen Abstand zur letzten Auflage geschuldet, mussten Akzente vereinzelt anders gesetzt werden – tempus fugit! So wurde den Rechten und Pflichten des Beamten – insbesondere der Thematik Alimentation, Konkurrentenstreitigkeiten, aber auch Verfassungstreue und umfassende Rechtsschutzgarantie – intensiver Aufmerksamkeit geschenkt; die große Anzahl von Rechtsstreitigkeiten sprach dafür. Auch soweit es die großen Themen der Welt betrifft, war seitdem manches im Fluss. Nicht nur ein amerikanischer, inzwischen Ex-US-Präsident hatte die westliche Welt aus dem Tritt gebracht; auch die Europäische Union sieht sich inzwischen Fliehkräften ausgesetzt, die vor Jahren noch undenkbar waren. Der „Brexit“ belegt eindrücklich, wie fragil der europäische Staatenbund geworden ist. Hatte Helmut Dohr sich noch um eine Überdehnung der Europäischen Union vor allem wegen

eines möglichen Beitritts der Türkei gesorgt, ist deren Beitritt derzeit kein Thema mehr. Die Frage der Überdehnung der Union ist hingegen weiterhin aktuell – was für seinen Weitblick spricht. Der von ihm schon in der 21. Auflage angesprochenen Grundrechtsentwicklung musste erneut Augenmerk geschenkt werden und damit auch ausführlicher dem Bundesverfassungsgericht. Als „Hüter der Verfassung“ hat es diese Entwicklung in den letzten Jahren durch weitere spektakuläre Entscheidungen forciert: etwa zum Selbsttötungsrecht, zum „Dritten Geschlecht“, zu Kompetenzüberschreitungen der EU, zur Grundrechtsgebundenheit auch außerhalb des Staatsgebietes, zur Auslegung von Unionsgrundrechten oder zum Klimaschutzgesetz. Dieser Prozess erfolgt in immer engerem Schulterschluss mit dem Europäischen Gerichtshof und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einschließlich der aus diesem „Rechtsprechungsdreieck“ entstehenden Spannungen. Dies verlangte, auch ihnen verstärkt Beachtung zu schenken. Bei alledem versucht das Buch aber in erster Linie aufzuzeigen: Mögen Staat, Verfassung und Politik auch noch so wirkmächtige soziologische Faktoren sein; letztlich trägt jeder Einzelne, der in diesem Land seine Heimstatt gefunden hat, Verantwortung. Verantwortung für ein Gemeinwesen, welches jedem ein Optimum an Entfaltungsfreiheit zu gewährleisten trachtet. Dabei wächst den Bediensteten der Polizei eine besondere Verantwortung zu. Freiheit und privates Glück können nur in Abwesenheit von Gewalt gelebt und erfahren werden. Ansonsten bleiben sie theoretisch und ihr Fehlen bildet den Nährboden für Extremismus: Durch Gewalttätige, die in ihrem Handeln ohne staatliche Ordnungsmacht weiter voranschreiten würden; schließlich aber auch durch Menschen, deren schwindendes Sicherheitsgefühl sie in die Arme politischer

Akteure treibt, für die Freiheit nur ein Wort ist. In diesem Sinne möge das Buch zur Ausbildung von Frauen und Männern beitragen, die zwar abwägend, aber zugleich entschlossen entscheiden.

Leipzig im November 2021
Günter C. Burmeister

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Verzeichnis der Abkürzungen

Einführung

Kapitel I

Aus der allgemeinen Staatslehre

A. Begriff des Staates

- 1 Staatsgebiet
 - 1.1 Diplomaten und die ihnen in der Verwaltungspraxis gleichbehandelten Personen
 - 1.2 Mitglieder konsularischer Vertretungen
 - 1.3 Mitglieder verschiedener zwischenstaatlicher („internationaler“) oder überstaatlicher („supranationaler“) Vereinigungen
 - 1.4 Soldaten anderer Staaten
- 2 Staatsvolk
- 3 Staatsgewalt und Gewaltenmäßigung
- 4 Staatsform und Regierungsweise

B. Prüfen Sie Ihr Wissen!

Kapitel II

Deutschland - gestern und heute

A. Die Spaltung Deutschlands

- 1 Alliierte Pläne für die Nachkriegszeit
- 2 Bedingungslose Kapitulation
- 3 Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten
- 4 Potsdamer Konferenz
- 5 Die territoriale Aufteilung Deutschlands
- 6 Besatzungspolitik im Zeichen des Kalten Krieges

- 7 Die Entstehung der Bundesrepublik
- 8 Die Wiedererlangung von Souveränitätsrechten
- 9 Die Entstehung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR)
- 10 Zur Frage der Souveränität
- 11 Besonderheiten der Stellung Berlins

B. Jahre der Teilung

- 1 Die Ostverträge
- 2 Die Rechtslage im geteilten Deutschland
- 3 Der Grundlagenvertrag
- 4 Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes
- 5 Die Staatsangehörigkeit im geteilten Deutschland

C. Die Herstellung der Einheit

- 1 Gründe für das Scheitern des „real existierenden Sozialismus“
- 2 Die revolutionäre Wende
- 3 Die demokratischen Kräfte formieren sich
- 4 Volkskammer- und Kommunalwahlen
- 5 Die letzten Schritte zur Einheit im Zeitspiegel (1990)
- 6 Der Kriegszustand ist beendet
- 7 Die schwierige Konsolidierung

Kapitel III

Verfassungsrechtliche Grundprinzipien

A. Allgemeines

- 1 Begriff und Aufgaben der Verfassung als Einheit
- 2 Zur Präambel des Grundgesetzes
- 3 Der Wesenskern unserer Verfassung
- 4 Staatszielbestimmungen

B. Deutschland als Republik

C. Deutschland als Demokratie

- 1 Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus
- 1.1 Der Grundsatz der mittelbaren Demokratie
- 1.2 Die Bedeutung des Abgeordneten
- 1.3 Die Bedeutung der Wahl
- 1.4 Die demokratische Legitimationskette
- 2 Parlamentarisches Regierungssystem
- 2.1 Regierungsverantwortlichkeit
- 2.2 Machtkontrolle
- 2.3 Die freie Willensbildung des Volkes

D. Deutschland als Rechtsstaat

- 1 Der Gesetzmäßigkeitsgrundsatz
- 1.1 Die Rechtsbindung des Parlaments
- 1.2 Die Rechtsbindung von vollziehender und rechtsprechender Gewalt
 - 1.2.1 Der Gesetzesvorrang
 - 1.2.2 Der Gesetzesvorbehalt
- 2 Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz
- 3 Weitere Elemente des Rechtsstaatsprinzips
- 4 Gewährleistung von Grundrechten
- 5 Die Gewaltenteilung
- 6 Der Rechtsschutz durch Gerichte und das „Durchsetzungsgrundrecht“
 - 6.1 Grundsätzliches
 - 6.2 Der Grundsatz richterlicher Unabhängigkeit
 - 6.3 Die Verwaltungsgerichtsbarkeit
 - 6.4 Die Verteilung von Rechtsprechung auf unterschiedliche Gerichtsbarkeiten

E. Deutschland als Sozialstaat

- 1 Gestaltungsauftrag mit weiten Spielräumen
- 2 Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums

F. Deutschland als Bundesstaat

- 1 Allgemeines
- 2 Grundzüge des föderalistischen Aufbaus
- 3 Ausgestaltung des bundesstaatlichen Prinzips im Einzelnen
 - 3.1 Grundregel für die Ausübung der Staatsgewalt
 - 3.2 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen
 - 3.2.1 Ausschließliche (Bundes-)Gesetzgebung
 - 3.2.2 Konkurrierende (Bundes-)Gesetzgebung
 - 3.2.3 Ausschließliche Gesetzgebung der Länder
 - 3.3 Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen
 - 3.4 Die Verteilung der Rechtsprechungskompetenzen
 - 3.5 Einflussmöglichkeit der Länder auf die Tätigkeiten des Bundes
 - 3.6 Die Überordnung des Bundes in seinem Verhältnis zu den Ländern
 - 3.6.1 Der Bundeszwang
 - 3.6.2 Bundesrecht bricht Landesrecht
 - 3.7 Der Grundsatz der Homogenität im Bundesstaat
 - 3.8 Der Grundsatz der Bundestreue
 - 3.9 Bundesstaatliche Kompetenzordnung und Europäische Union
 - 3.10 Verbot der Änderung des föderativen Staatsaufbaus
- 4 Der Föderalismus in Deutschland: pro und contra
 - 4.1 Pro
 - 4.2 Contra

G. Prüfen Sie Ihr Wissen!

Kapitel IV

Grundrechte und grundrechtsähnliche Rechte

A. Bedeutung und Funktion der Grundrechte

B. Zur Geschichte der Grundrechte

C. Einteilung der Grundrechte

D. Geltung der Grundrechte

- 1 Zeitlicher Geltungsbereich
- 2 Persönlicher Geltungsbereich
 - 2.1 Grundrechtsfähigkeit natürlicher Personen
 - 2.2 Grundrechtsfähigkeit sonstiger Personen
 - 2.3 Grundrechtsmündigkeit
 - 2.4 Geltung im „besonderen Gewaltverhältnis“
 - 2.5 Der grundrechtsverpflichtete Staat

E. Einschränkung von Grundrechten

- 1 Kein rigides Eingriffsverbot
- 2 Notwendigkeit einer Eingriffsermächtigung in Gesetzesform
- 3 Anforderungen an die gesetzliche Eingriffsermächtigung
- 4 Einzelfallbezogene Umsetzung der gesetzlichen Eingriffsgrundlage

F. Die einzelnen Grundrechte

- 1 Die Würde des Menschen
- 2 Freie Entfaltung der Persönlichkeit
 - 2.1 Grundverständnis vom Verhältnis Staat und Individuum
 - 2.2 Die allgemeine Handlungsfreiheit als Auffanggrundrecht
 - 2.3 Allgemeines Persönlichkeitsrecht – informationelle Selbstbestimmung – „Computergrundrecht“
 - 2.4 Schranken der Persönlichkeitsentfaltung
- 3 Das Recht auf Leben
- 4 Das Recht auf körperliche Unversehrtheit
- 5 Die Freiheit der Person
- 6 Das Recht auf Gleichheit
 - 6.1 Das Verhältnis zwischen Privaten und Gleichheitsgrundsatz
 - 6.2 Der Inhalt des Gleichheitsgrundsatzes

- 6.3 Die Rechtsanwendungsgleichheit
- 6.4 Spezielle Aussagen zum Gleichheitsgrundsatz
- 6.5 Speziell zur Gleichberechtigung der Geschlechter
- 6.6 Speziell zu den Verboten nach Art. 3 Abs. 3 GG
- 7 Die Glaubens- und Gewissensfreiheit
 - 7.1 Gewährleistungsumfang
 - 7.2 Schranken
- 8 Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung
- 9 Die Meinungs- und Medienfreiheit
 - 9.1 Die Informationsfreiheit
 - 9.2 Die Freiheit der Berichterstattung durch die Medien
 - 9.2.1 Die Pressefreiheit
 - 9.2.2 Die Rundfunk- und Filmfreiheit
 - 9.2.3 Näheres zu den Schutzbereichen von Presse- und Rundfunkfreiheit
 - 9.2.4 Das Zensurverbot
 - 9.2.5 Die Medien als „Vierte Gewalt“
 - 9.3 Die Freiheit der Meinungsäußerung und Meinungsverbreitung
 - 9.4 Schranken der Freiheiten nach Art. 5 Abs. 1 GG
 - 9.5 Gefahren für die Meinungsfreiheit durch Private
- 10 Die Freiheit der Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre
 - 10.1 Die Wissenschaftsfreiheit
 - 10.2 Die Kunstfreiheit
 - 10.3 Schranken
- 11 Der Schutz des ehelichen und familiären Lebens
 - 11.1 Schutz von Ehe und Familie
 - 11.2 Das Elternrecht
 - 11.3 Anspruch auf Schutz und Fürsorge für Mütter
 - 11.4 Gleichwertigkeit von nichtehelichen und ehelichen Kindern
- 12 Das Schulwesen
- 13 Die Versammlungsfreiheit

- 13.1 Grundsätzliche Bedeutung des Versammlungsrechts
- 13.2 Elemente des Grundrechts
- 13.3 Innere Zielrichtung der Versammlung
- 13.4 Keine kollektive Unfriedlichkeit
- 13.5 Gesetzliche Schrankenziehung
- 13.6 Das einfache Versammlungsrecht
(Versammlungsgesetze)
- 13.7 Besondere Bedeutung für die Polizei
- 14 Die Vereinigungsfreiheit
- 15 Die Koalitionsfreiheit
- 15.1 Einschränkungsmöglichkeiten
- 15.2 Doppelte Zielrichtung des Grundrechts
- 15.3 Der Arbeitskampf
 - 15.3.1 Die Neutralitätspflicht des Staates
 - 15.3.2 Der Streik
 - 15.3.3 Kein Streikrecht für Beamte
 - 15.3.4 Betriebsbesetzungen
 - 15.3.5 Blockadeaktionen
 - 15.3.6 Die Aussperrung
 - 15.3.7 Das Arbeitskampfrecht als konkretisiertes
Richterrecht
- 16 Das Telekommunikationsgeheimnis
 - 16.1 Schranken
 - 16.2 Eingriffe speziell zum Schutz der Verfassung und des
Staates
- 17 Die Freizügigkeit
- 18 Das Recht auf freie Berufswahl und Berufsausübung
 - 18.1 Berufsbegriff und Schutzbereich
 - 18.2 Einschränkungen der Berufsfreiheit
 - 18.3 Hochschulzugang - NC-Problematik
 - 18.4 Extremisten im Öffentlichen Dienst
- 19 Dienstverpflichtungen
 - 19.1 Der Ersatzdienst
 - 19.2 Grundrechtseinschränkungen

- 20 Die Unverletzlichkeit der Wohnung
 - 20.1 Eingriffsmöglichkeiten
 - 20.2 Hintergrund der Eingriffsregelung
- 21 Das Recht auf Eigentum und Erbrecht
 - 21.1 Das Erbrecht
 - 21.2 Das Eigentumsrecht
 - 21.3 Inhalts- und Schrankenbestimmung
 - 21.4 Die Enteignung
- 22 Die Vergesellschaftung
- 23 Das Verbot der Ausbürgerung
- 24 Das Verbot der Auslieferung
- 25 Das Asylrecht und Zuwanderung
 - 25.1 Deutsche Rechtslage
 - 25.2 Unionsrechtliche Überlagerungen
- 26 Das Petitionsrecht
- 27 Prozessuale Schutzrechte
 - 27.1 Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG – Verbot von Ausnahmerichtern
 - 27.2 Art. 101 Abs. 1 Satz 1 GG – Garantie des gesetzlichen Richters
 - 27.3 Art. 103 Abs. 1 GG – Anspruch auf rechtliches Gehör
 - 27.3.1 Rechtliches Gehör vor Gericht
 - 27.3.2 Rechtliches Gehör vor der Verwaltung
 - 27.4 Art. 103 Abs. 2 GG – keine Strafe ohne Gesetz
 - 27.5 Art. 103 Abs. 3 GG – Verbot der Doppelbestrafung – Verhältnis von Straf- und Disziplinarrecht
- 28 Die Rechte und Pflichten des Beamten nach Art. 33 GG
 - 28.1 Rechte aus dem Leistungsprinzip (Art. 33 Abs. 2 i.V.m. Abs. 5 GG)
 - 28.2 Hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums
 - 28.2.1 Lebenszeitprinzip
 - 28.2.2 Amtsangemessene Besoldung
- 29 Allgemeine Regelungen zum Schutz der Grundrechte

- 30 Verwirkung von Grundrechten (Art. 18 GG)
- 31 Das Recht zum Widerstand und „ziviler Ungehorsam“

G. Grundrechte und Grundzüge polizeilichen Einschreitens

- 1 Strafverfolgung und Gefahrenabwehr
 - 1.1 Repressive (Verfolgungs-)Tätigkeit
 - 1.2 Präventive (Vorbeugungs-)Tätigkeit
- 2 Das Ermessen des „Ob“ und des „Wie“
- 3 Die Struktur der Ermessensentscheidung
- 4 Pflichtgemäße Ermessensausübung
- 5 Überschneidungen von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung

H. Prüfen Sie Ihr Wissen!

Kapitel V

Die freiheitliche demokratische Grundordnung

A. Allgemeines

B. Die Elemente der freiheitlich demokratischen Grundordnung

C. Die verfassungsmäßige Ordnung

Kapitel VI

Symbole des deutschen Staates

A. Die Nationalhymne

B. Flagge, Wappen und Dienstsiegel

C. Orden und Ehrenzeichen

D. Nationaler Gedenktag

E. Zur Hauptstadtfrage

Kapitel VII

Die Wahlen

A. Allgemeines

- 1 Regelmäßigkeit von Neuwahlen (Herrschaft auf Zeit)
- 2 Wahlen setzen Informationsfreiheit voraus

B. Wahlrecht und Wahlpflicht

C. Kandidatenaufstellung

D. Aktives und passives Wahlrecht

E. Zum Wahlrecht für Ausländer

F. Wahlgrundsätze (Wahlprinzipien)

- 1 Allgemeine Wahl
- 2 Unmittelbare Wahl
- 3 Freie Wahl
- 4 Gleiche Wahl
- 5 Geheime Wahl
- 6 Art. 38 Abs. 1 Satz 1 GG als Schutzrecht gegen unzulässige Kompetenzübertragungen

G. Mehrheitswahl und Verhältniswahl

H. Das kombinierte Wahlsystem bei der Bundestagswahl

I. Die Stimmabgabe und ihre Auswirkungen

J. Errechnung der Mandatszähl

- 1 Fünf-Prozent-Klausel
- 2 Die einzelnen Berechnungsmethoden
 - 2.1 Das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt
 - 2.2 Das Proportionalverfahren nach Hare-Niemeyer
 - 2.3 Das Divisorverfahren mit Standardrundung nach Sainte-Laguë/Schepers

- 3 Ermittlung der Sitzverteilung
- 4 Das aktuelle Berechnungsverfahren

K. Der praktische Ablauf der Wahl

L. Feststellung des Wahlergebnisses und Wahlprüfung

M. Prüfen Sie Ihr Wissen!

Kapitel VIII

Die obersten Bundesorgane

A. Allgemeines

B. Der Bundestag

- 1 Staatsrechtliche Stellung des Bundestages
- 2 Wahlperiode und Sitzungen
- 3 Aufgaben und Zuständigkeiten des Bundestages
 - 3.1 Der Bundestag als oberstes Gesetzgebungsorgan
 - 3.2 Das Gesetz als zentrales Steuerungsinstrument
 - 3.3 Die Funktionen des Bundestages bei der politischen Willensbildung
 - 3.4 Die Kontroll- und Kommunikationsfunktion des Bundestages
- 4 Auflösung und Neuwahlen des Bundestages
- 5 Organisation und Arbeitsweise des Bundestages
 - 5.1 Plenum und Abstimmungen
 - 5.2 Das Präsidium des Bundestages
 - 5.3 Der Ältestenrat des Bundestages
 - 5.4 Die Ausschüsse des Bundestages
 - 5.5 Anzahl und Besetzung der Ausschüsse
 - 5.6 Arbeitsweise der Ausschüsse
 - 5.7 Die Fraktionen des Bundestages
 - 5.8 Koalitionen als politische Zweckbündnisse
- 6 Zum Ablauf der Bundestagsdebatten

- 7 Rechtsstellung des Abgeordneten
 - 7.1 Voraussetzungen der Wählbarkeit
 - 7.2 Ungehinderte Übernahme und Ausübung des Mandats
 - 7.3 Das Prinzip des freien Mandats
 - 7.3.1 Freies Mandat und Rotationsprinzip
 - 7.3.2 Fraktionsdisziplin und Fraktionszwang
 - 7.3.3 Finanzielle Unabhängigkeit, Nebentätigkeit und Offenlegung
 - 7.4 Immunität
 - 7.5 Indemnität
 - 7.6 Sonstige Rechte des Abgeordneten

C. Prüfen Sie Ihr Wissen!

D. Der Bundesrat

- 1 Staatsrechtliche Stellung des Bundesrates
- 2 Zusammensetzung des Bundesrates
 - 2.1 Zur Stimmabgabe
 - 2.2 Einheitliche Stimmabgabe
 - 2.3 Zur Auswirkung der Stimmenthaltung
- 3 Aufgaben des Bundesrates
 - 3.1 Mitwirkung des Bundesrates bei der Gesetzgebung
 - 3.2 Mitwirkung des Bundesrates bei der Verwaltung
 - 3.3 Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union
- 4 Organisation und Arbeitsweise des Bundesrates
 - 4.1 Präsident und Präsidium
 - 4.2 Das Plenum
 - 4.3 Die Ausschüsse
 - 4.4 Die Europakammer
 - 4.5 Landesvertretungen und Bevollmächtigte

E. Die Bundesversammlung

F. Der Bundespräsident

- 1 Allgemeines
- 2 Gegenüberstellung: Reichspräsident nach der WRV und Bundespräsident nach dem GG
- 3 Die bisherigen Bundespräsidenten und ihre Amtszeit
- 4 Erwerb und Verlust des Amtes – Stellvertretung
- 5 Rechtsstellung des Bundespräsidenten
- 6 Aufgaben und Befugnisse des Bundespräsidenten
 - 6.1 „Politische“ Befugnisse des Bundespräsidenten und die „Macht des Wortes“
 - 6.2 Völkerrechtliche Vertretung
 - 6.3 Staatsrechtliche Funktionen im Bereich der Gesetzgebung
 - 6.4 Weitere Funktionen im Bereich der Gesetzgebung
 - 6.5 Staatsrechtliche Funktionen im Bereich der vollziehenden Gewalt
 - 6.6 Sonstige Aufgaben

G. Die Bundesregierung

- 1 Staatsrechtliche Stellung der Bundesregierung
- 2 Die Funktion der Bundesregierung als eigenständiges Staatsorgan
- 3 Die Regierungsbildung
 - 3.1 Wahl und Ernennung des Bundeskanzlers
 - 3.1.1 Vorschlag eines Kanzlerkandidaten durch den Bundespräsidenten
 - 3.1.2 Wahl durch den Bundestag
 - 3.1.3 Stellvertreter des Bundeskanzlers
 - 3.1.4 Beendigung der Amtszeit des Bundeskanzlers
 - 3.2 Die Ernennung der Bundesminister
 - 3.2.1 Auswahl und Ernennung
 - 3.2.2 Beendigung der Amtszeit der Bundesminister
- 4 Organisation und Geschäftsbereiche der Bundesregierung
 - 4.1 Das Bundeskanzleramt

- 4.2 Der Bundesnachrichtendienst (BND)
- 4.3 Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- 5 Aufteilung der Verantwortung im Kabinett
 - 5.1 Der Bundeskanzler
 - 5.2 Die Bundesminister
 - 5.3 Die Bundesregierung als Kollegium
- 6 Aufgaben und Befugnisse der Bundesregierung
- 7 Parlamentarische Verantwortung der Bundesregierung
 - 7.1 Verfahren und Folgen des konstruktiven Misstrauensvotums
 - 7.2 Verfahren und Folgen der Vertrauensfrage
- 8 Die Persönliche Rechtsstellung der Mitglieder der Bundesregierung

H. Das Bundesverfassungsgericht

- 1 Staatsrechtliche Stellung
- 2 Organisation und Arbeitsweise des Bundesverfassungsgerichts
- 3 Verfahrensgrundsätze
- 4 Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts
 - 4.1 Organstreitigkeiten
 - 4.2 Verfassungsrechtliche Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern
 - 4.3 Normenkontrollverfahren
 - 4.3.1 Die abstrakte Normenkontrolle
 - 4.3.2 Die konkrete Normenkontrolle
 - 4.4 Verfassungsbeschwerden
 - 4.5 Die Feststellung der Verwirkung von Grundrechten
 - 4.6 Die Feststellung der Verfassungswidrigkeit politischer Parteien
 - 4.7 Die Entscheidung über die Bundespräsidentenanklage

- 4.8 Die Entscheidung über die Richteranklage
- 4.9 Die Entscheidung über eine Wahlprüfungsentscheidung des Bundestages

I. Prüfen Sie Ihr Wissen!

Kapitel IX

Die politischen Parteien

A. Allgemeines

B. Entwicklung der politischen Parteien in Deutschland

- 1 Historische Wurzeln
- 2 Liberalismus
- 3 Konservatismus/Nationalismus
- 4 Christliche Strömungen
- 5 Sozialismus

C. Das traditionelle Parteiengefüge in der Bundesrepublik

- 1 Christlich Demokratische Union (CDU)
- 2 Christlich Soziale Union (CSU)
- 3 Freie Demokratische Partei (FDP)
- 4 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

D. Der Übergang zum Sechs-Fraktionen-Parlament

- 1 Bündnis 90/Die Grünen
- 2 Die Linke
- 3 Alternative für Deutschland
- 4 Verlust der Stammwählerschaft für die Altparteien

E. Begriff der politischen Partei

F. Funktion und Bedeutung

G. Aufgaben der Parteien

- H. Innere Ordnung der Parteien**
- I. Parteinahе Stiftungen**
- J. Freiheit der Gründung von Parteien**
- K. Verfassungswidrigkeit von Parteien**
 - 1 Verbotsvoraussetzungen
 - 2 Anwendungsfälle
- L. Parteienfinanzierung**

Kapitel X

Wesen und Wirken der Interessenverbände

- A. Allgemeines**
- B. Zum Begriff der Verbände**
- C. Klassifizierung**
- D. Die Verbände im Rechtssystem der Bundesrepublik**
- E. Das Verbot von Verbänden**
- F. Funktion und Wirkungsweise der Verbände**
- G. Zur Kritik am Verbandssystem**

Kapitel XI

Die Bundesgesetzgebung

- A. Allgemeines**
- B. Gesetzgebungskompetenz**
- C. Der Gang der Gesetzgebung**
 - 1 Zustimmungsgesetze
 - 1.1 Verfassungsändernde Gesetze

- 1.2 Sonstige zustimmungsbedürftige Gesetze
- 2 Einspruchsgesetze
- 3 Gesetzgebungsnotstand

D. Ausfertigung und Verkündung

E. Grundsatz der Diskontinuität

F. Rechtsverordnungen

Kapitel XII

Die Notstandsverfassung

A. Allgemeines

B. Der innere Notstand

C. Der Spannungsfall

D. Der Verteidigungsfall

E. Der Einsatz der Streitkräfte

F. Ergänzende Regelungen

G. Prüfen Sie Ihr Wissen!

Kapitel XIII

Staatengemeinschaften

A. Allgemeines

B. Konferenzen und Organisationen zur Regelung internationaler Beziehungen

1 Genfer Abrüstungskonferenz

2 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, zuvor KSZE)

3 Wichtige wirtschaftspolitische Übereinkünfte

4 G7/G8 und G20 – Instrumente globaler Zielbestimmung

C. Europäische Zusammenschlüsse

- 1 Die Europäische Union
 - 1.1 Die Verträge als primäres Rechtsfundament
 - 1.2 Historische Ausgangssituation
 - 1.2.1 Die Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
 - 1.2.2 Die Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
 - 1.2.3 Die Atomgemeinschaft (Euratom)
 - 1.2.4 Die Fusion der Gemeinschaften
 - 1.3 Der Prozess fortschreitender Integration
 - 1.3.1 Die räumlich-geografische Ausweitung der Gemeinschaft
 - 1.3.2 Die politische Verdichtung der Gemeinschaft
 - 1.4 Der Vertrag von Maastricht
 - 1.4.1 Inhalt und Ziele des Unionsvertrages
 - 1.4.2 Das Vertragswerk in der verfassungsrechtlichen Überprüfung
 - 1.4.3 Die Bedeutung des Art. 23 Grundgesetz
 - 1.4.4 Der Euro
 - 1.5 Die Verträge von Amsterdam und Nizza
 - 1.6 Der Vertrag von Lissabon
 - 1.6.1 Gemeinschaftsmethode
 - 1.6.2 Doppelte Mehrheit – Sperrminorität
 - 1.6.3 Institutioneller Rahmen
 - 1.6.4 Grundrechte und Demokratie
 - 1.6.5 Das Nein der Iren zum Lissabon-Vertrag
 - 1.6.6 Das Vertragswerk in der verfassungsrechtlichen Überprüfung
 - 1.7 Die Organe der Europäischen Union
 - 1.7.1 Das Europäische Parlament
 - 1.7.2 Der Europäische Rat
 - 1.7.3 Der Rat (der Europäischen Union)

- 1.7.4 Die Europäische Kommission
- 1.7.5 Der Gerichtshof der Europäischen Union und der Anwendungsvorrang des Unionsrechts
- 1.7.6 Der Europäische Rechnungshof
- 1.7.7 Die Europäische Zentralbank
- 1.7.8 Einrichtungen der Union ohne Organcharakter
- 1.8 Europäische Perspektiven
- 2 Europarat
- 3 Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

D. Nordatlantikpakt

- 1 Entwicklung der NATO
- 2 Zweck und Bedeutung der NATO
- 3 Das Bündnis im Wandel

E. Vereinte Nationen (UNO)

- 1 Organe der UNO
 - 1.1 Die Vollversammlung
 - 1.2 Der Weltsicherheitsrat
 - 1.3 Der Wirtschafts- und Sozialrat
 - 1.4 Das Sekretariat
 - 1.5 Der Internationale Gerichtshof
 - 1.6 Die Sonderorganisationen
 - 1.7 Der Menschenrechtsrat
- 2 Deutschland als Mitglied der Völkergemeinschaft
 - 2.1 Rechtliche Grundlagen deutscher Militäreinsätze
 - 2.2 Zum Beitrag Deutschlands an der Friedenssicherung

F. Der Internationale Strafgerichtshof

G. Prüfen Sie Ihr Wissen!

Literaturhinweise

Verzeichnis der Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
AbgG	Abgeordnetengesetz
Abs.	Absatz
a.F.	alte(r) Fassung
AKP-Staaten	Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten (Vereinbarung)
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APEC	Asiatisch-Pazifisches Wirtschaftsforum
Art.	Artikel
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AU	Afrikanische Union (zuvor OAU)
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
Bd.	Band
BDH	Bundesdisziplinarhof
Bek.	Bekanntmachung
Bem.	Bemerkung
BFH	Bundesfinanzhof
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch

BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungssammlung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGS	Bundsgrenzschutz
BKA	Bundeskriminalamt
Beschl.	Beschluss
BSozG	Bundessozialgericht
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungssammlung des Bundesverwaltungsgerichts
BWahlG	Bundeswahlgesetz
DAG	Deutsche Angestelltengewerkschaft
desgl.	desgleichen
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DPG	Deutsche Postgewerkschaft
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl.	Deutsche Verwaltungsblätter
E	Entscheidungssammlung (des vorgenannten Gerichts)
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	Europäische Freihandelszone
EG	Europäische Gemeinschaft

EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ehem.	ehemals, ehemalig
einschl.	einschließlich
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
entspr.	entsprechend
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
erg.	ergänzend
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische GRUNDRECHTE-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
Europol	Europäisches Polizeiamt
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgende (Seite)
ff.	folgende (Seiten)
FAO	Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (der UNO)
Fn.	Fußnote
G 8	Gemeinschaft der acht größten Industrienationen (ohne Russland: G 7) GASP
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (der EU)
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
geä.	geändert
GdP	Gewerkschaft der Polizei
GeschO BR	Geschäftsordnung des Bundesrates

GeschO BReg	Geschäftsordnung der Bundesregierung
GeschO BT	Geschäftsordnung des Bundestages
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GO	Gemeindeordnung
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Staatenbund ehem. Sowjetrepubliken)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
h.M.	herrschende Meinung
i.d.F.v.	in der Fassung vom
i.e.S.	im engeren Sinne
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof
i.V.	in Verbindung
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
Jura	Juristische Ausbildung
Jus	Juristische Schulung
JZ	Zeitschrift „Juristenzeitung“
KSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (s. OSZE)
MRK	Europäische Menschenrechtskonvention des Europarats
NAFTA	Nordamerikanische Freihandelszone
NATO	Nordatlantische Verteidigungsorganisation
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter

n.F.	neue(r) Fassung
NJW	Zeitschrift Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
OLG	Oberlandesgericht
OPEC	Organisation erdölexportierender Länder
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (zuvor KSZE)
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
OVG	Oberverwaltungsgericht
PartG	Parteiengesetz
PKG	Parlamentarisches Kontrollgremium
RAF	Rote Armee Fraktion
Rdnr./Rdnrn.	Randnummer/Randnummern
S.	Seite
s.	siehe
SoldG	Soldatengesetz
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
UN, UNO	Vereinte Nationen
UNESCO	Organisation für Erziehung, Kultur und Wissenschaft (der UNO)
UNICEF	Weltkinderhilfe-Organisation (der UNO)
Verdi/Ver.di	Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
VersG	Versammlungsgesetz
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche